

PIESTINGTAL

IM GESPRÄCH

FRIEDA RAUCHEGGER im NÖN-Gespräch über die Situation in Pernitz.

"Habe so etwas noch nie erlebt"



Altbürgermeisterin Frieda Rauchegger (SPÖ) sorgt sich um die SPÖ und die Gemeinde Pernitz.

NÖN: „Rückblickend auf Ihre Ehrenbürgerschaftsverleihung: Sind Sie über das Vorgehen Ihrer SPÖ enttäuscht?“

Rauchegger: Ja. Vor allem, weil es den Auftrag von Vizebürgermeister Rendl an die SPÖ-Gemeinderäte gegeben hat, mir nicht zu gratulieren. Dafür erhalte ich Glückwünsche von allen Gemeinden im Piestingtal.

NÖN: Was sagen Sie zur Situation in Pernitz?

Rauchegger: Bürgermeisterin Sylvia Rupprecht wird aus der eigenen Partei zu wenig unterstützt. Seit der Wahl gibt es keine Zusammenarbeit in der SPÖ mehr. So eine Situation habe ich in 45 Jahren Parteimitgliedschaft noch nicht erlebt.

GESPRÄCHE /SPÖ-Bezirksparteichef Wittmann schaltet sich in Pernitz ein.

„Wahrheit wird in Mitte liegen“

PERNITZ / Jetzt will sich übrigens auch SPÖ-Bezirksparteiobmann Dr. Peter Wittmann in den SPÖ-internen Konflikt einschalten: „Gescheit ist das nicht, was dort passiert. Aber ich führe die Gespräche intern, nicht über die Zeitung. Gescheiter müssen alle werden. Die Wahrheit bezüglich Rupprecht und Rendl wird wohl in der Mitte liegen.“



Zwischen Bürgermeisterin Sylvia Rupprecht und Vize Andreas Rendl blieben mehrere Sitzplätze frei. Neun SPÖ-Gemeinderäte kamen nicht zur Gemeinderatssitzung. FOTO: POLLAK

NICHT BESCHLUSSFÄHIG / Die Gemeinderatssitzung in Pernitz wurde vor 106 Zuschauern ohne Beschlüsse abgehalten. Neun SP-Gemeinderäte fehlten.

SPÖ ließ Sitzung platzen

VON JULIA POLLAK

PERNITZ / Vor 106 Zuschauern flogen vergangenen Montag beim Termin der Gemeinderatssitzung im wahrsten Sinne des Wortes die „Fetzen.“ Martina Sanz, Nina und Christine Scheibenreif, Doris Steiger, Anton Weibel, Ludovika Ruesch, Christian Walter, Manfred und Margarete Dwornikowitsch kamen nicht

zur Sitzung. Einige von ihnen entschuldigten sich bei Vize Andreas Rendl mit der Bemerkung, dass sie Bürgermeisterin Sylvia Rupprecht nicht erreicht hätten. Was offensichtlich nicht ganz stimmen kann, denn Amtsleiter Hannes Schwarz erklärte: „Rupprecht war tagsüber im Gemeindegemeindeamt und für jeden erreichbar, der sie erreichen wollte.“ Die anwesenden Gemeinderäte forder-

ten von Vize Rendl Aufklärung über die Situation in der SPÖ. VP-Klubobmann Erich Panzenböck zu Rendl: „Sie lassen Rupprecht im Regen stehen!“ Die Antwort von Rendl: „Bürgermeisterin Rupprecht hat sich von der SPÖ abgewandt.“ Fraktionsobmann der Liste „Wir Pernitzer“ Manfred Postl forderte ein Aufzeichnungsgerät für zukünftige Sitzungen.



Die ÖVP-Fraktion Josef Panzenböck, Robert Grabenweger, Christian Gutthauer, Thomas Strasser, Rudolf Postl, Christian Kunstmann und Erich Panzenböck: „Der Zustand ist untragbar für Pernitz. Vize Rendl lässt Bürgermeisterin Rupprecht im Regen stehen.“ FOTO: POLLAK



Manfred Postl forderte ein Aufzeichnungsgerät für Gemeinderatssitzungen. FOTO: POLLAK

KLEINKRIEG / Mit Flugblättern voll von gegenseitigen Vorwürfen kämpfen SPÖ-Bürgermeisterin Rupprecht und ihre SPÖ-Genossen öffentlich gegeneinander.

Neue Flugblätter an die Pernitzer

VON JULIA POLLAK

PERNITZ / Nach dem Flugblatt von Bürgermeisterin Sylvia Rupprecht (in dem sie ihre schwierige Lage kommentierte) haben nun die SPÖ-Gemeinderäte zwei Äussendungen verfasst. Die SP-Fraktion wirft ihrer eigenen Bürgermeisterin vor, dass sie sich nicht an vereinbarte Termine für Gemeinderatssitzungen halte. Die nächste Sitzung sei

schon im Oktober für 12. Dezember festgelegt und im Finanzausschuss bestätigt worden.

Weiters werfen die Gemeinderäte der Bürgermeisterin vor, dass sie zum Werkzeug der ÖVP geworden sei. Die SPÖ Gemeinderäte verkünden, dass sie kein Vertrauen mehr zu Rupprecht hätten.

Eine zweite Äussendung behandelt die Arbeit der SPÖ für Pernitz. Sie wurde von allen Ge-

meinderäten unterschrieben. „Ich habe von diese Äussendung nichts gewusst“, sagt Rupprecht deren Unterschrift fehlt. Die verschiedenen Punkte des Flugblattes werden von Manfred Postl, Fraktionsobmann der Liste „Wir“, stark kritisiert. Ein Beispiel: die Reparaturen im Kanal- und Wasserleitungsnetz und die Überprüfung der Wassergüte. Postl dazu: „Das alles wird vom Land gesetzlich vorgeschrieben!“